



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

BAföG wird reformiert

Die Bundesregierung hat am Mittwoch eine umfassende Reform des BAföG beschlossen, die nun vom Bundestag beraten wird. Geplant sind sowohl eine Erhöhung der Fördersätze als auch eine Anhebung der Einkommensfreibeträge und eine Neuregelung bei den Rückzahlungsregeln.

So ist beabsichtigt, die Bedarfssätze 2019 und 2020 in zwei Stufen um fünf bzw. zwei Prozent sowie den Wohnzuschlag für Studierende, die auswärts wohnen, von 250 Euro auf 325 Euro anzuheben. Auch die Zuschüsse für die Sozialversicherungen werden gesteigert. Insgesamt steigt die Höchstförderung von derzeit 735 Euro auf 861 Euro – ein Plus von 17 Prozent. Ziel ist es, bis zu 100.000 junge Menschen zusätzlich zu fördern. Insgesamt haben wir für die Leistungsverbesserungen im BAföG zusätzliche Ausgaben von 1,233 Mrd. Euro in dieser Wahlperiode vorgesehen.

Außerdem sollen die Bedingungen für die spätere Rückzahlung der Darlehn verändert werden. Um der verbreiteten Verschuldungsangst bei jungen Menschen entgegenzuwirken, soll die Rückzahlung auf 77 Monatsraten begrenzt werden. Bei einer Minderung der Rückzahlungsraten wegen eines zu geringen Einkommens beim Berufsstart kann die Rückzahlung damit unter der bisherigen Obergrenze von 10.000 Euro liegen. ■

Freihandelsabkommen mit Japan tritt in Kraft

Heute ist das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan (JEFTA) in Kraft getreten. Japan ist einer unserer wichtigsten und verlässlichsten Handelspartner. Das Freihandelsabkommen ist deshalb in Zeiten globaler Handelskrisen, eines zunehmenden Protektionismus und des bevorstehenden Brexits ein wichtiges wirtschaftliches wie politisches Signal. Wir stärken den Multilateralismus, setzen gemeinsame Standards und bekennen uns zum wertebasierten Freihandel mit Japan, einem Land, das uns wichtig ist und nahesteht. Das EU-

Japan-Abkommen ist aber weit mehr als ein Signal: Die deutsche Wirtschaft wird zu den größten Profiteuren des Abkommens gehören. Die 12.000 deutschen im Japan-Geschäft aktiven Unternehmen werden durch das Abkommen viele Erleichterungen erhalten – und ihre Zahl wird durch die Vereinbarung weiter steigen. Das ist gerade auch für kommende Generationen in beiden Ländern von großer Bedeutung.

„Pakt für den Rechtsstaat“ geschlossen

Gestern haben sich Bundeskanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder auf den „Pakt für den Rechtsstaat“ verständigt. Das ist ein großer Erfolg, denn nur in der Zusammenarbeit, nur wenn Bund und Länder in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich konkrete Maßnahmen umsetzen, kann die Justiz wirksam gestärkt werden. Der gemeinsame Pakt für den Rechtsstaat war und ist ein Kernanliegen der Unionsfraktion. Uns war wichtig, den Pakt in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, und nun wird er umgesetzt.

Die Länder verpflichten sich, bis Ende 2021 insgesamt 2 000 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte zu schaffen. So können Verfahrenzeiten verkürzt werden. Auch die Polizei wird aufgestockt. Außerdem werden wir die Verfahren vor Gericht beschleunigen und vereinfachen. Die Umsetzung dieses Vorhabens wird der nächste wichtige Schritt sein. Es ist dringend notwendig, die Strafverfahren zu vereinfachen und zu verhindern, dass sie durch Missbrauch bestimmter Verfahrensrechte verschleppt werden. ■

Debatte zur Europapolitik

Heute Vormittag hat der Bundestag zum sog. „Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2019“ debattiert. Meine Rede können Sie unter <https://dbtg.tv/fvid/7322700> ansehen und -hören. ■